

SPD

DR. NINA SCHEER

BUNDESTAGSABGEORDNETE
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD



Foto: I. Hillmann

NEWSLETTER

2. Quartal 2019



Foto: Tim Riediger

Messe Husum: Windbranchentag Schleswig-Holstein - Podiumsdiskussion zur Energiepolitik



Foto: Kai Treffan

Politischer Abend im Rahmen der 'Frühlingsgespräche' der SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg mit Jean Asselborn



Im Austausch mit Studierenden und Lehrenden der Fachhochschule Westküste



'Pizza & Politik': Austausch mit Erst- und Jungwählerinnen auf gemeinsame Einladung mit den JUSOS Geesthacht

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

der zweite Quartalsnewsletter 2019 wirft einen Blick auf sowohl verabschiedete als auch noch im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesetzesvorhaben. So wurden die Reform zur Grundsteuer wie auch Gruppenanträge für Gesetzentwürfe über veränderte Rahmenbedingungen zur Organspende in der letzten Woche vor der parlamentarischen Sommerpause eingebracht.

Im Nachgang zur Europawahl stellen sich auch Fragen zur weiteren Arbeit in der Großen Koalition. Auch wenn die allermeisten Vorhaben - von der Pflege über die Stärkung von Familien, bis hin zu Maßnahmen für mehr und bezahlbaren Wohnraum nur mit und durch die SPD gelingen konnten, erschwert die fortgesetzte Große Koalition den Volksparteien, in ihren politischen Aussagen erkennbar und überzeugend zu sein. Umso mehr gilt es, die Große Koalition an ihrer Einigungsfähigkeit zu messen.

Angeichts der immer dringenderen Anforderungen des Klimawandels sowie mit der Energiewende verbundenen Chancen für den Arbeitsmarkt und Ressourcenschutz, müssen weitere Hemmnisse und Verzögerungen in der Energiewende- und Klimaschutzpolitik als Aufkündigung des Bündnisses verstanden werden.

Anregendes Lesen wünscht Ihre und Eure



Dr. Nina Scheer

Inhalt

• Themen	
* Neuregelung der Organspende	3
* Mehr BaföG für Schüler und Studierende	5
* Netzausbau und Energiewende	6
* ‚Klimakabinett‘	8
* Grundsteuerreform in erster Lesung beraten	9
* 70 Jahre Grundgesetz	10
* Wohngeldreform	11
* Fachkräfteeinwanderungsgesetz	11
* Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	13
• Medienspots & Reden	15
• Eigene Veranstaltungen und Initiativen	16
• Gäste in Berlin (Auswahl)	19
• Unterwegs im Wahlkreis	20
• PraktikantInnen	22
• Landesparteitag	23
• Bilderschau	24

Themen

Neuregelung der Organspende

Der Bundestag debattierte am 26. Juni 2019 in erster Lesung fraktionsübergreifende Anträge zu einer Reform der Organspende. Nach aktueller Gesetzeslage kommen Verstorbene nur dann für eine Organspende in Betracht, wenn sie der Organentnahme vor ihrem Tod ausdrücklich zugestimmt haben – etwa in Form eines Organspendeausweises. Wenn keine Entscheidung vorliegt, obliegt die Zustimmung über die Spende den Angehörigen. Deren Abschiednehmen wird dann überschattet von einer im Einzelfall sehr belastenden Frage – jedenfalls, wenn der Wille der oder des Verstorbenen über das Spenden von Organen nicht kommuniziert wurde oder seitens der Angehörigen eigene Vorbehalte bestehen.



In Deutschland sterben jeden Tag vier bis sechs Menschen, da sie vergeblich auf eine rettende Spende warteten. 81 Prozent der Deutschen stehen einer Organspende eher positiv gegenüber, lediglich 27 Prozent besitzen aber einen Organspendeausweis (Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2016).

Die Antragsteller der nun mit erster Lesung am 26. Juni im parlamentarischen Verfahren befindlichen Gesetzentwürfe eint, mehr Organspenden zu ermöglichen. Sie unterscheiden sich darin, ob die Bereitschaft als solche erklärt werden muss, so die sogenannte Zustimmungslösung, oder ob eine Zustimmung unterstellt werden kann, wenn der Organspender bzw. die Organspenderin nicht widersprochen hat, so die sogenannte Widerspruchslösung bzw. doppelte Widerspruchslösung. Zudem hat die AfD kurz vor der ersten Lesung einen dritten Antrag gestellt, der an der aktuellen Regelung festhält und lediglich kleine Änderungen im Transplantationsgesetz vorsieht. Die ersten beiden Anträge wurden als Gruppenanträge, mithin fraktionsübergreifend eingebracht. Zweite und dritte Lesung sind für den Herbst 2019 angesetzt.

Im Vorfeld der aktuellen Diskussion hat der Bundestag im Februar Anpassungen der zurzeit geltenden Bestimmungen zur Organspende verabschiedet, um die Situation in den sog. Entnahmekrankenhäusern zu verbessern, vgl. Newsletter 2019/01. Bereits 2011 und 2012 wurden strengere Informationspflichten über die Möglichkeit der Organspende beschlossen. Es bleibt aber auch mit diesen Änderungen bei der genannten, äußerst niedrigen Spenderanzahl in Deutschland.

Der Gesetzentwurf zur Zustimmungslösung wurde von Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die GRÜNEN) und Katja Kipping (DIE LINKE) initiiert. Er sieht die Einfügung eines bundesweiten Online-Registers beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information vor, in dem jederzeit eigenständig eine Erklärung zur Organ- und Gewebespende abgeben und jederzeit geändert oder widerrufen werden kann. Die Abgabe der Erklärung soll auch direkt vor Ort, bei den für die Ausstellung/Ausgabe von Ausweisen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder, möglich sein. Das Informationsangebot soll ausgebaut werden – auch unter Einbeziehung der Hausärztinnen und Hausärzte.

Da bereits heute für die Krankenhäuser eine solche Informationspflicht besteht, ist meiner Einschätzung nach zu befürchten, dass mit der Zustimmungslösung keine wesentliche Veränderung zum Status quo erzielt werden kann.

Der Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD), den auch ich unterzeichnet habe, steht für die „doppelte Widerspruchslösung“. Demnach wäre potenziell jede und jeder Spenderin bzw. Spender, wer vor dem Tod einer Organentnahme nicht ausdrücklich widersprochen hat. Zusätzlich wird ein Register eingeführt, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Erklärung zur Organspende eintragen lassen können. Ärzte wären dazu verpflichtet, durch eine Anfrage sicherzustellen, ob eine Erklärung vorliegt. Zudem müsste der nächste Angehörige darüber befragt werden, ob ihm ein schriftlicher Widerspruch oder ein der Entnahme entgegenstehender Wille der oder des Verstorbenen dargelegt werden kann; für diesen Fall kann der Organentnahme widersprochen werden (doppelter Widerspruch).

Kritisch wird der Eingriff in die körperliche Unversehrtheit im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht ohne das Vorliegen einer ausdrücklichen Zustimmung gesehen: ein so weitgehender Eingriff wie die Entnahme von Organen könne nicht auf Basis von „Schweigen als Zustimmung“ erfolgen. Die Widerspruchslösung wird bereits in ca. 20 EU-Staaten angewendet. Zudem liegt die grundsätzliche Bereitschaft zu spenden höher, als das Vorliegen von entsprechenden Erklärungen. Um eine Ebenbürtigkeit zwischen dem Willen, ein Spenderorgan zu erhalten und der Bereitschaft, Organe zu spenden herzustellen, scheint die Widerspruchslösung am besten geeignet, selbst wenn hiermit rechtliche Fragen zu klären sind.

Karl Lauterbach bezog sich hierbei in seiner Rede auch auf Immanuel Kant: Was ich für mich selbst wünsche, muss ich auch bereit sein, anderen zu geben. Wer ein Spenderorgan benötigt, werde eine Organspende annehmen. Somit könne zumindest eine Auseinandersetzung mit der Fragestellung erwartet werden, ob einer Organspende für den Sterbensfall widersprochen wird. Zu betonen sei, dass auch die Widerspruchslösung keine Pflicht zur Organspende sei; jeder und jedem sei freigestellt, zu jeder Zeit rechtswirksam der Organentnahme zu widersprechen.

Mehr Bafög für Schüler und Studierende

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) unterstützt seit über 40 Jahren Schülerinnen, Schüler und Studierende, bei denen die finanzielle Belastung eines Studiums oder einer Ausbildung aus eigener Kraft eine zu große Hürde darstellt.

Die Frage, ob oder was jemand studiert, darf nie von dem Einkommen der Eltern abhängen. In den Koalitionsverhandlungen konnte die SPD eine BAföG-Reform durchsetzen, um es an die heutigen Bedarfe anzupassen.



Dies war notwendig geworden, da die Zahl der Schülerinnen, Schüler und Studierenden, die ein Anrecht auf eine Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz haben und davon Gebrauch machen, in den letzten Jahren stetig gesunken ist. So ist die Zahl der geförderten Studierenden von 2012 bis 2017 um etwa 115.000 Personen gesunken (von 671.042 auf 556.573). Dies lag unter anderem an der guten wirtschaftlichen Entwicklung: Steigende Einkommen der Eltern führten dazu, dass junge Menschen aus der Mitte der Gesellschaft keinen Förderanspruch mehr hatten. Gleichzeitig waren aber die Lebenshaltungskosten gestiegen, dies geht insbesondere zu Lasten von Familien und zwar solcher, die bisher knapp über den Anspruchsgrenzen liegen. Im Mai hat der Bundestag die BAföG-Reform beschlossen, die zum 1. August 2019 in Kraft treten soll. Kernpunkte des Gesetzes sind:

- Der Förderungshöchstsatzt steigt um mehr als 15 Prozent (von 735 Euro auf 861 Euro).
- Der Wohnzuschlag für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, wird um 30 Prozent von 250 Euro auf 325 Euro erhöht.
- Einkommensfreibeträge der Eltern werden um insgesamt 16 Prozent angehoben.
- Beim Vermögen von Studierenden bleiben ab 2020 statt bisher 7.500 Euro 8.200 Euro anrechnungsfrei.
- Kranken- und Pflegeversicherungszuschläge werden erhöht.
- Die Vereinbarkeit von Studium und Familie und Studium und Pflege wird verbessert.

Die BAföG-Reform ist allerdings nur ein erster Schritt, damit über das BAföG wieder mehr Studierende und Schülerinnen und Schüler gefördert werden können.

Zusätzlich halten das komplizierte Antragsverfahren und die Angst vor Schulden junge Menschen davon ab, ihren Förderungsanspruch geltend zu machen. Damit BAföG mehr Förderberechtigten zugute kommt, forderte die SPD-Bundestagsfraktion Bundesbildungsministerin Anja Karliczek dazu auf, Vorschläge zur Vereinfachung des Antragsverfahrens, der Verbesserung der online Antragstellung und der Informationsvermittlung zum BAföG sowie dem Ausbau von studentischem Wohnraum vorzulegen.

Zudem fand am 27. Juni im Bundestag die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung statt. Eine der darin enthaltenden Maßnahmen ist die Einführung einer Mindestvergütung für Auszubildende, die ausgehend von 550 Euro Schrittweise ansteigen soll. Im Gesetzesentwurf steht: „Die Höhe der Mindestvergütung im ersten Ausbildungsjahr steigt vom 1. Januar 2020 bis zum 1. Januar 2023 schrittweise an und wird ab dem 1. Januar 2024 auf der Grundlage der durchschnittlichen Entwicklung der vertraglich vereinbarten Ausbildungsvergütungen angepasst werden. Ab dem zweiten Ausbildungsjahr trägt ein mit fortschreitender Berufsausbildung steigender Aufschlag dem wachsenden Beitrag der Auszubildenden zur betrieblichen Wertschöpfung Rechnung. Tarifvertraglich vereinbarte Ausbildungsvergütungen haben Vorrang vor der Mindestvergütung.“ Das Gesetz soll zum 1. Januar 2020 in Kraft treten und unter anderem auch die Durchlässigkeit bei aufeinander aufbauenden Ausbildungsberufen verbessern sowie die Teilzeitberufsausbildung für einen größeren Personenkreis öffnen und zugleich attraktiver ausgestalten.

Netzausbau und Energiewende

Der Deutsche Bundestag beschloss am 4. April in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus (Netzausbaubeschleunigungsgesetz). Dabei wird das Ziel verfolgt, insbesondere Hoch- und Höchstspannungsleitungen beschleunigt auszubauen. Dies folgt dem Ansinnen, unter anderem den Strom von Windkraftparks im Norden zu den Verbrauchszentren im Süden zu leiten.



Mit dem Gesetz soll zudem sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit während des gesamten Planungsprozesses frühzeitig und umfassend beteiligt wird. Kriterien zum Schutz etwa in Bezug auf magnetische und elektrische Felder bleiben erhalten.

Gleichzeitig werden entschädigungsrechtliche Regelungen bundesweit vereinheitlicht, um Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer zu entschädigen, die vom Netzausbau betroffen sind.

In der Debatte über den Ausbau von Erneuerbaren Energien wird oft das Argument aufgeworfen, man könne die Erneuerbaren erst dann ausbauen, wenn die entsprechende Netzinfrastruktur vorhanden wäre. So enthält auch der Koalitionsvertrag 2018 im Zusammenhang mit einem verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien die Bedingung vorhandener entsprechender Netze. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist allerdings nicht von fehlender Netzinfrastruktur bedingt. Bereits mit der vorhandenen Netzinfrastruktur, verbesserter Netzauslastung, intelligentem Netzmanagement sowie der Einbeziehung von Speichern ist auch ohne den Ausbau von weiteren Hoch- bzw. Höchstspannungsleitungen der fortgesetzte und beschleunigte Ausbau Erneuerbarer Energien sehr wohl möglich und notwendig.

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Die Ärmsten sind die am ersten und stärksten Betroffenen. Deswegen ist die Energiewende eine Gerechtigkeitsfrage und friedenspolitische Aufgabe! Erneuerbare Energien können auch den wachsenden Energiebedarf der Weltbevölkerung decken. Es muss dabei das Prinzip ‚global denken, lokal handeln‘ gelten, zumal von Technologie- und Exportländern wie Deutschland maßgebliche Vorreiterrollen eingenommen werden. Der heutige Anteil von in Deutschland inzwischen 38 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien wurde über die maßgeblich dezentral wirkende EEG-Einspeisung und –vergütung mit Vorrang für Erneuerbare Energien erreicht. Für Klimaschutz und die gleichermaßen notwendige Ablösung der weltweiten Abhängigkeit von schwindenden fossilen Ressourcen brauchen wir eine neue Dynamik beim Ausbau Erneuerbarer Energien – ohne Deckel oder Mengenbegrenzungen. Erneuerbare Energien müssen in Kombination mit Speichern und intelligenten Netzen Atom- und fossile Energien verdrängen – nicht umgekehrt. Hierfür müssen Anreize geschaffen werden.

Für Deutschland (und Europa) bedeutet dies nach meiner Einschätzung insbesondere:

- die bestehenden Ausbau-Mengenbeschränkungen für Erneuerbare Energien aufzuheben,
- neben dem oder anstatt des nicht hinreichend greifenden Ausschreibungssystem das Einspeisevergütungssystem wieder umfänglich einzusetzen, dies
- verknüpft mit einer Schadstoff- und CO₂-Bepreisung, auf deren Grundlage die EEG-Umlage und Abgabesystematik querfinanziert zu einer sozial entlastenden Senkung der Strompreise führt.
- Umlage- und abgabebasierte Hemmnisse zur Nutzung von regenerativem Strom für systemdienliche Speicherung, für Mobilität und Wärme abzubauen,
- Energie-Infrastruktur als Leistungen der Daseinsvorsorge zu erkennen,

- Sektorkopplung von regenerativer Stromgewinnung zu Mobilität und Wärme zu begünstigen.
- Abstandsregelungen für Windenergie definieren, die eine „Verhinderungsplanung“ ausschließen.

Vgl. auch Pressemitteilung Scheer: Klares Ja für Einspeisevergütungen – EuGH bestätigt EEG als Nicht-Beihilfe, <https://www.nina-scheer.de/scheer-klares-ja-fuer-einspeiseverguetungen-eugh-bestaetigt-eeg-als-nicht-beihilfe/>

„Klimakabinett“

Um den Klimaschutz in Deutschland voranzutreiben, wurde das so genannte Klimakabinett eingesetzt, welches erstmalig am 10. April tagte. Das Gremium setzt sich aus sechs Ministerinnen bzw. Ministern und Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Es soll dafür sorgen, die für das Jahr 2030 angestrebten Klimaziele noch zu erreichen. Bis 2030 soll der deutsche Treibhausgasausstoß um 55 Prozent, bis 2050 um 80 bis 95 Prozent reduziert werden.



Das Klimakabinett befasst sich auch mit Maßnahmen für eine CO₂-Bepreisung. Dabei werden verschiedene studienbasierte Modelle untersucht. Leider fokussiert sich die Union – wie im Übrigen auch die FDP – hierbei auf eine mögliche Ausdehnung des Emissionshandels. Die Schwächen des bisherigen Emissionshandelssystems (zu niedrige Preise; Verlagerung von Einsparmaßnahmen, fehlende Erkennbarkeit wirksamer Maßnahmen sowie zu viele Zertifikate, verzögerte oder gar ausbleibende Wirksamkeit) sind aber auch für eine Ausweitung auf die bislang nicht vom Emissionshandel erfassten Bereiche zu erwarten. Insofern erkenne ich in Bestrebungen, eine CO₂-Bepreisung in Gestalt eines ausgedehnten Emissionshandelssystems zu realisieren, als reines Ablenkungs- und Verzögerungsinstrument. Stattdessen muss es um eine unmittelbar Lenkungswirkung entfaltende Schadstoff- und CO₂-Bepreisung (vgl. oben) gehen.

Der Koalitionsausschuss vom 16. Juni 2019 beschloss, unter anderem auf der Grundlage der Ergebnisse des Klimakabinetts in der zweiten Septemberhälfte, ein Gesamtkonzept zur gesetzlichen Umsetzung der Klimaziele bis 2030 vorzulegen. Eine Beschlussfassung des Koalitionsausschusses und deren Umsetzung sowohl

durch das Klimakabinett als auch das Bundeskabinett nach dem jetzigen Zeitplan verunmöglicht eine parlamentarische Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes noch in diesem Jahr und bricht damit den Koalitionsvertrag. Da bereits die Klimaschutzziele 2020 weit verfehlt werden und inzwischen weitere tausende Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien aufgrund der benannten Hemmnisse drohen verloren zu gehen, darf eine wirksame Energiewende- und Klimaschutzgesetzgebung nicht weiter verzögert werden.

Vgl. auch Pressemitteilung Scheer: Kabinett steuert mit Klimaschutzgesetz auf Koalitionsvertragsbruch, <https://www.nina-scheer.de/scheer-kabinett-steuert-mit-klimaschutzgesetz-auf-koalitionsvertragsbruch/>

Grundsteuerreform in erster Lesung beraten

Die Grundsteuer muss reformiert werden, und zwar noch in diesem Jahr, andernfalls darf sie nicht mehr erhoben werden. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2018 verstößt sie in ihrer jetzigen Form gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz. Die Berechnung der Grundsteuer basiert bisher auf stark veralteten Grundstückswerten: im Westen stammen entsprechende Berechnungsgrundlagen aus dem Jahr 1964, im Osten sogar aus 1935. Die Grundsteuer stellt mit jährlich fast 15 Milliarden Euro eine erhebliche finanzielle Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung dar. Von den Einnahmen werden etwa Schulen, Kitas, Schwimmbäder oder Büchereien finanziert und wichtige Investitionen in die Infrastruktur wie Straßen, Brücken oder Radwege getätigt.



Nach intensiven, gut ein Jahr andauernden Verhandlungen mit Länder- und Kommunalvertretern hat die Regierungskoalition nun gleich drei Gesetzentwürfe (Drucksachen 19/11084, 19/11085, 19/11086) vorgelegt, mit der die Grundsteuer verfassungsfest und neu geregelt werden soll. Die erste Beratung im Bundestag fand am 27. Juni statt. Der vorliegende Gesetzesentwurf zur Grundsteuer orientiert sich an der tatsächlichen Wertentwicklung der Grundstücke (wertabhängig), damit die Steuerlast fair und gerecht verteilt wird. In der vorangegangenen Diskussion wurde auch immer wieder über das so genannte Flächenmodell debattiert, nach dem ausschließlich bei der Fläche der Grundstücke und der vorhandenen Gebäude angesetzt werden sollte (wertunabhängig). Die Grundsteuerreform soll dabei zu keiner zusätzlichen Belastung der MieterInnen führen. Zwangsläufige Folge des

Urteils des Bundesverfassungsgerichts wird aber sein, dass es zu Veränderungen kommt. Einige werden mehr zahlen, während andere weniger Grundsteuer zahlen müssen.

In einer weiteren Gesetzesänderung ist eine Grundsteuer C vorgesehen (Drucksache 19/11086). Sie soll den Kommunen eine verantwortliche Bodenpolitik ermöglichen, Spekulationen begrenzen und baureife Grundstücke für die Bebauung mobilisieren. Kommunen haben dann etwa die Möglichkeit, einen erhöhten, einheitlichen Hebesatz auf baureife Grundstücke zu erheben und damit einen finanziellen Anreiz für eine Bebauung zu schaffen.

Damit die Kompetenz für die Grundsteuer wieder allein beim Bundesgesetzgeber liegt, ist eine Grundgesetzänderung nötig. Mit dem "Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes" (Drucksache 19/11084) soll diese Bundeskompetenz im Grundgesetz verankert werden. Auf Druck von Bayern wird es allerdings eine Länderöffnungsklausel geben, die nur gegen große Bedenken der SPD-Fraktion in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde. Denn das Flächenmodell, welches die CSU nunmehr in Bayern einführen will, begünstigt vor allem wohlhabende Immobilienbesitzer. Sicherergestellt werden konnte, dass das Bundesgesetz Maßstab für den Länderfinanzausgleich für alle bleibt. Das heißt, wenn ein Land von der Länderöffnungsklausel Gebrauch macht und vom Bundesgesetz abweicht, kann das nicht auf Kosten anderer, schwächer ausgestatteter Länder geschehen.

Das Gesetzespaket wurde an die zuständigen Ausschüsse unter Federführung des Finanzausschusses überwiesen.

70 Jahre Grundgesetz

Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes wurde für jede Bundestagsfraktion je ein Mitglied des Rechtsausschusses ausgewählt, um in einem Interview des Jugendportals des Deutschen Bundestages, mitmischen.de, je ein Grundrecht seiner Wahl vorzustellen. Ich wählte Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.



Vgl. den Beitrag auf mitmischen.de: <https://www.mitmischen.de/top-thema/default-0e3b14e457/ueber-die-wuerde-des-menschen>

Wohngeldreform

Immer mehr Menschen können sich keinen Wohnraum an ihrem Lebens- und Arbeitsort leisten. Insbesondere in den Städten und Ballungsräumen wie der Metropolregion Hamburg steigen die Mieten rasant. Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion hat die Koalition bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Dadurch sollen die Wohn-Zuschüsse für hunderttausende Haushalte weiter erhöht werden. Am 8. Mai hat das Bundeskabinett eine Reform des Wohngeldes beschlossen. Am 28. Juni fand die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeldstärkungsgesetz – WoGStärkG) statt. Von der Reform sollen ab dem 1. Januar 2020 rund 660.000 Haushalte profitieren. Darunter sind 25.000 Haushalte, die bisher auf Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Sozialhilfe angewiesen sind. Die Leistungsverbesserungen werden insbesondere Familien und Rentnerhaushalten zugutekommen.



Mit der Einführung einer neuen Mietenstufe VII wird dem besonders hohen Mietenniveau von Kreisen und Gemeinden, die nicht mehr durch die bisherigen sechs Mietenstufen angemessen abgebildet werden konnten, Rechnung getragen. Damit können Haushalte in Gemeinden mit einer Abweichung des Mietenniveaus von mehr als 35 Prozent gegenüber dem Bundesdurchschnitt nun stärker durch das Wohngeld profitieren. Zusätzlich wird erstmalig ab 2020 eine Dynamisierung des Wohngeldes eingeführt: Das Wohngeld wird alle zwei Jahre an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst.

Ergänzend bleibt es erforderlich, die steigenden Mieten im Bestand wirksamer einzugrenzen. In Betracht kommen dabei meines Erachtens nach auch bundesrechtliche Maßgaben, Mieten „einzufrieren“, wie dies etwa nun – mit landesrechtlichen Mitteln – in Berlin geschieht.

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich seit mehr als 20 Jahren für ein Einwanderungsgesetz eingesetzt. CDU/CSU waren immer dagegen. Der Bundestag hat am 7. Juni 2019 gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen die Entwürfe der Bundesregierung für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz und ein Gesetz „über

Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ jeweils in der vom Innenausschuss modifizierten Fassung verabschiedet. Die Gesetze stellen ein umfangreiches Gesetzespaket mit migrationspolitischen Regelungsinhalten dar. Dieses wurde als Paket verhandelt, um die Zustimmung der Koalition für die erreichten Verhandlungsergebnisse zu sichern.



Ziel des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist es, die Fachkräftesicherung „durch eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften“ aus Nicht-EU-Staaten zu unterstützen. Hierzu sollen künftig alle Fachkräfte, die über einen Arbeitsvertrag und eine anerkannte Qualifikation verfügen, in den entsprechenden Berufen in Deutschland arbeiten können. Die Beschränkung auf besonders vom Fachkräftemangel betroffene „Engpassberufe“ soll entfallen. Die Vorrangprüfung, ob nicht auch Deutsche oder EU-Bürger für die Stelle infrage kommen, soll bei Fachkräften im Grundsatz entfallen. Dies soll allerdings mit der Möglichkeit verbunden werden, bei Veränderungen des Arbeitsmarktes die Vorrangprüfung kurzfristig wieder einzuführen. Zusätzlich soll für Fachkräfte mit Berufsausbildung eine befristete Einreise zur Arbeitsplatzsuche analog zur Regelung für Fachkräfte mit akademischer Ausbildung ermöglicht und für fünf Jahre befristet erprobt werden. Zudem soll der Aufenthalt zu ergänzenden Qualifizierungsmaßnahmen für Angehörige von Nicht-EU-Staaten mit im Ausland abgeschlossener Berufsbildung erweitert und attraktiver gestaltet werden.

Nicht verfolgt wurde dabei der Ansatz, zugleich ein „Abwerben“ dort zu vermeiden, wo dies zu einer wahrscheinlichen bzw. absehbaren Fachkräfte-Unterversorgung führen wird. Bereits in der letzten Legislaturperiode hatte ich dafür plädiert, zur Vermeidung von Destabilisierungen in Herkunftsländern eben ein solches Abwerben mit prekären Folgewirkungen auf den Arbeitsmärkten der Herkunftsländer auszuschließen. Angesichts von weltweit über 70 Mio. auf der Flucht befindlichen Menschen muss es meines Erachtens verstärkt darum gehen, stabilisierend auf schwächere Volkswirtschaften zu wirken bzw. Destabilisierungen entgegenzuwirken. Im weitesten Sinne geht es darum, Fluchtursachen von morgen zu vermeiden. Bei einer gesteuerten Zuwanderung von Fachkräften halte ich es insofern für unverzichtbar, ein Abwerben mit destabilisierender Wirkung in Bezug auf die Herkunftsländer auszuschließen.

Mit dem ebenfalls verabschiedeten Gesetz „über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ soll bei langfristigen Duldungen aus persönlichen Gründen für bestimmte Ausländer ein rechtssicherer Aufenthalt ermöglicht und so eine

Bleibperspektive aufgezeigt werden. Dabei geht es um Betroffene, die eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen (Ausbildungsduldung) oder durch eine nachhaltige Beschäftigung ihren Lebensunterhalt selbst sichern (Beschäftigungsduldung). Eine solche Öffnung wurde verstärkt als sogenannter Spurwechsel diskutiert und auch von Seiten der Wirtschaft eingefordert.

Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Am 7. Juni hat der Deutsche Bundestag auch das sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz (teilweise auch „Abschiebengesetz“ genannt) in 2./3. Lesung beschlossen. In namentlicher Abstimmung votierten 371 Abgeordnete für den Gesetzentwurf der Bundesregierung in der vom Innenausschuss geänderten Fassung. 159 Parlamentarier votierten gegen die Vorlage, 111 enthielten sich. Mit der folgenden Persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages erläuterte ich mein Abstimmungsverhalten:

Persönliche Erklärung der Abgeordneten Dr. Nina Scheer zum Abstimmungsverhalten nach § 31 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zum ZP 12: Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (Drucksache 19/10047, 19/10506) und Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (Drucksache 19/10706):

Das ‚Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht‘ ist Bestandteil eines umfangreichen Gesetzespakets mit migrationspolitischen Regelungsinhalten. Es wurde als solches verhandelt und bedurfte mit den erreichten Verhandlungsergebnissen eben dieser Zusammenführung, um innerhalb der Koalition zu einer Einigung kommen zu können. Dies ist den unterschiedlichen Zielsetzungen der Koalitionspartner geschuldet: während sich die SPD für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz und Regelungen für einen sogenannten Spurwechsel einsetzte, verlangten CDU/CSU Verschärfungen in Sanktionen und Maßnahmen mit abschreckender Wirkung, auch im Zusammenhang mit der Rückführung bzw. Abschiebung von Menschen. Durch die Zusammenführung verschiedener Gesetze verpflichteten sich die Koalitionsfraktionen, kein Gesetz ohne die Zustimmung auch für die weiteren Gesetze zu verabschieden. Mit dem Koalitionsvertrag sind die Fraktionen zudem die Verpflichtung eingegangen, nur gemeinsam abzustimmen bzw. keine wechselnden Mehrheiten zuzulassen. Meines Erachtens kann einer solchen Regelung dann aber nicht gefolgt werden, wenn in Bezug auf einzelne Regelungen noch maßgebliche Klärungs- und Änderungsbedarfe bestehen, zumal wenn sie von verfassungs- oder menschenrechtlicher Bedeutung sind. In Bezug auf das ‚Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht‘ ist dieser Klärungs- und Änderungsbedarf gegeben, zumal die Erkenntnisse aus der Sachverständigenanhörung vom Montag, den 3. Juni für eine Verabschiedung in der gleichen Woche nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Trotz der Notwendigkeit, in einem funktionierenden Asylsystem Menschen ohne Bleiberecht auch wieder zurückzuführen beziehungsweise in Ernstfällen auch abzuschieben zu können, entbindet dies nicht von der Notwendigkeit, bei jeder einzelnen verschärfenden Maßnahme abzuwägen, ob sie jeweilig mit unserem grundgesetzlichen Wertegerüst und völkerrechtlichen Menschenrechten übereinstimmen und dabei auch den Grundsätzen einer stimmigen und zielführende Migrationspolitik entsprechen.

Der SPD ist es im Zuge des parlamentarischen Verfahrens gelungen, den ursprünglich von Bundesinnenminister Horst Seehofer vorgelegten Entwurf in vielen Dingen humaner zu gestalten und hierbei weitergehende Menschenrechtseinbußen abzuwenden.

Dennoch enthalten das ‚Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht‘ und die entsprechenden Änderungsanträge einschneidende Verschärfungen gegenüber dem Status Quo, die ich mit unseren verfassungsgegebenen Werten für nicht vereinbar und zudem auch politisch verfehlt halte.

Zu denen zählt etwa die Verlängerung einer maximalen Aufenthaltsdauer in den sogenannten AnKER-Zentren auf bis zu 18 Monate, eine Verlängerung des Beschäftigungsverbots oder die Verschlechterung in Bezug auf die Ausbildungsduldung, die den Menschen den Weg in Zukunft, Beschäftigung und Erwerb versperrt.

Mit § 60b Abs. 5 des Änderungsantrages zum Aufenthaltsgesetz, der ‚Duldung für Menschen mit ungeklärter Identität‘ wird eine Duldung unterhalb der Duldung geschaffen, die zu Leistungseinschränkungen sowie Arbeits- und Bildungsverböten führt. Die hiermit verbundene Zwangslage, in die damit eine große Zahl von Menschen gebracht wird, widerspricht meinem Selbstverständnis eines humanen Umgangs mit Menschen und widerspricht meines Erachtens damit auch unseren Verfassungswerten.

Dies betrifft auch die Leistungsstreichungen im Asylbewerberleistungsgesetz für in anderen EU-Staaten anerkannte Flüchtlinge. Allen sich in Deutschland aufhaltenden Menschen ist auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (von 2012) ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten.

Weitere rechtliche Bedenken liegen in der fehlenden Trennung zwischen Abschiebehaftlingen und Strafgefangenen und etwa auch nur erschwerte erreichbare unabhängige Beratung.

In einer Gesamtbetrachtung müssen zu verabschiedende Gesetze nach meiner Überzeugung der rechtsstaatlichen Überprüfung ohne begründete Zweifel standhalten. Das ‚Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht‘ vermittelt für die betroffenen Menschen einen Zustand von Rechtsunsicherheit bis hin zu existenzieller Not. Dies ist mit den Geboten der Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar.

Insofern kann ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, dem Gesetz zuzustimmen und stimme mit Nein.

Dr. Nina Scheer (Berlin, 7. Juni 2019)

Medienspots

„Heikle Suche nach dem Endlager“

ZDF Morgenmagazin, 24. April 2019

Link zum Beitrag: <https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/heikle-suche-nach-dem-endlager-100.html>

„Bezahlen fürs Klima – Braucht Deutschland eine CO2-Steuer?“

Deutschlandfunk „Kontrovers“, 29. April 2019

Link zum Beitrag: https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2019/04/29/kontrvers_290419_bezahlen_fuers_klima_braucht_dlf_20190429_1010_4cc3e08a.mp3

Reden



Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Beendigung des Betriebs von Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung (Kohlekraftwerk-Sofortmaßnahme-Gesetz), 10. Mai 2019

<https://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/801-rede-betrieb-von-braunkohlekraftwerken.html>



Rede zu Protokoll: Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Deutschland braucht ein Unternehmensstrafrecht“, 11. April 2019

<https://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/798-rede-zu-protokoll-unternehmensstrafrecht.html>



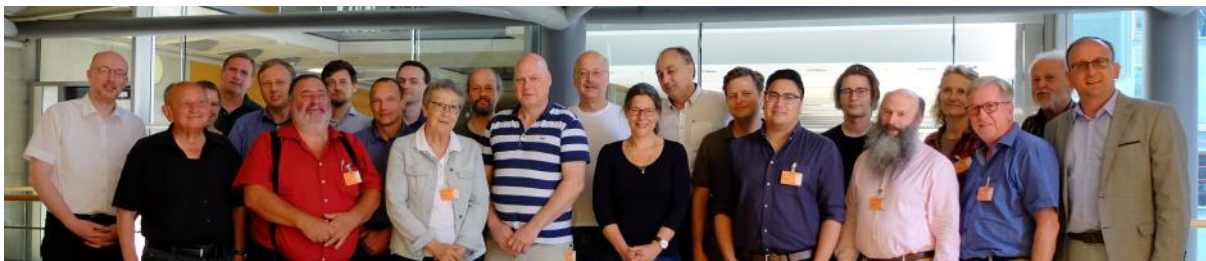
Erreichung der Klimaziele, 6. Juni 2019

<https://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/812-rede-erreichung-der-klimaziele.html>

Eigene Veranstaltungen und Initiativen

3. Austausch: Sozialdemokratischer Energiewende-Appell

Auf Basis des von mir vor einigen Monaten als Online-Plattform initiierten Sozialdemokratischen Energiewende-Appells setzte sich ein Energiewende-Austausch mit Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern aus dem gesamten Bundesgebiet fort, zu dem ich zuletzt am 15. Juni eingeladen hatte.



Nach Input und Diskussion mit Dr. Matthias Miersch, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, wurden Handlungsansätze zur Beschleunigung einer auch systemischen Energiewende ausgetauscht. Einigkeit bestand etwa darin, Ausbau-Mengenbegrenzungen zu überwinden und verstärkt Anreize für Speicher und der Nutzung von Erneuerbarem Strom für die Mobilität setzen zu müssen.

Die Appell-Plattform wurde zwischenzeitlich um eine ‚Text-Box‘ mit Beschlüssen zur Energiewende sowie einer Mailing-Liste ergänzt.

Jetzt unterzeichnen
www.energie-wende-appell.de



Diskussionsabend zu Mikroplastik und Plastikmüll

Gemeinsam mit der SPD-Geesthacht veranstaltete ich am 23. April unter dem Titel ‚Kleines Plastik – große Gefahr‘ einen Diskussionsabend zum Thema Plastikmüll und Mikroplastik im Kundenzentrum der Stadtwerke Geesthacht. Podiumsgast war Dr. Mark Lenz, Meeresökologe vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel.



Zusammen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Geesthacht, Julian Peemöller, begrüßte ich die gut 60 interessierten Besucherinnen und Besucher aller Altersgruppen, unter ihnen auch die SPD-Landtagsabgeordnete Kathrin Wagner-Bockey.

Der zügellose Plastikkonsum der vergangenen Jahre und die damit einhergehende Gesundheits- und Umweltgefährdung machen einen veränderten und einschränkenden Umgang mit Plastik notwendig.

Einem Kurzfilm zur Nutzung und Geschichte von Kunststoffen schloss sich der Vortrag von Mark Lenz an, in dem es unter anderem um die Auswirkungen von Plastikmüll und Mikroplastik auf das Meer und Meerestiere ging. 2010 seien circa 7 Millionen Tonnen Plastik ins Meer gelangt. Es wird davon ausgegangen, dass sich diese Zahl bis 2025 verzehnfacht – oder sogar noch darüber liegt. Da Plastik in der Natur nicht abgebaut werden könne – hierzu sei nach heutigem Wissensstand kein Organismus in der Lage – habe dies deutliche Auswirkungen, so Mark Lenz. Schildkröten können beispielsweise nicht zwischen Plastiktüten und Quallen unterscheiden. Verwechseln Tiere Plastikmüll mit Nahrung, kann dies zu Blockaden im Verdauungstrakt, zu einem Verhungern durch Pseudosättigung oder zu Vergiftungen durch Schadstoffe führen. Daher komme es etwa auch darauf an, dass in Ländern bzw. für Länder mit hoher Müllbelastung Entsorgungskonzepte erarbeitet werden, mit denen die Zufuhr von Müll ins Meer verhindert wird. Hierfür gebe es verschiedenste Konzepte und Anreize, so können beispielsweise im indonesischen Surabaya Pendler die Kosten für ihre Busfahrkarte mit Plastikmüll begleichen.



Wie auch im menschlichen Körper, konnte inzwischen bei zahlreichen Tierarten Mikroplastik nachgewiesen werden. Das GEOMAR hat zu den Auswirkungen von Mikroplastik unter anderem eine siebenmonatige Studie mit Miesmuscheln durchgeführt, berichtete Mark Lenz.

Bei der anschließenden Diskussion wurde verbreitet gefordert, dass jede und jeder selbst gefragt sei, bei der Vermeidung von Plastikmüll mit anzupacken – so berichteten einige der Besucherinnen und Besucher von erfolgreichen Müllsammelaktionen. Als Antwort auf die Frage ‚Was kann man tun?‘ sprach Mark Lenz sich für Müllreduktion aus, Re- und Upcycling, Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung, den Verzicht auf Plastikpartikel in Kosmetika, die Ausstattung von Klärwerken mit einer 4. Klärstufe bzw. mit Tuchfiltern, Bereitstellung von Abfallbehältern an Häfen, Fishing for Litter und Beach Clean-ups und eine

Kennzeichnung auf den Verpackungen.

Um den Plastikkonsum zu verringern, verwies ich auch auf durchgreifende Rahmenbedingungen – etwa Verbote oder eine höhere Bepreisung von Plastik, um Plastikvermeidung oder Alternativen zu Plastik anzureizen sowie Kriterien zur konsequenten Recyclingfähigkeit der eingesetzten Stoffe. So gibt auch das neue Verpackungsgesetz (zum 1. Januar 2019 in Kraft getreten) erhöhende Recycling-Quoten vor: Kunststoffverpackungen im dualen System müssen von 36 Prozent (2018) auf 63 Prozent bis zum Jahr 2022 ansteigen (Stufe 1, 2019: 58,5 Prozent). Weitere Maßnahmen zur Reduktion von Plastik müssten aber folgen.

Diskussionsabend mit Sönke Rix: Frauenrechte 2019

Gemeinsam mit der SPD Oststeinbek hatte ich am 13. Juni zu einem öffentlichen Diskussionsabend in den Bürgersaal Oststeinbek eingeladen. Zu Gast war mein Kollege Sönke Rix, familien- und frauenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Nach der Begrüßung durch die Oststeinbeker SPD-Ortsvereinsvorsitzende Irene Kastner benannte ich einfürend unter anderem die noch bis heute bestehende Lohndifferenz von über 20 Prozent, einen heute nur bei 30,7 Prozent liegenden Frauenanteil im Deutschen Bundestag (während die SPD-Bundestagsfraktion zu 42 Prozent weiblich ist, kommen CDU/CSU gerade einmal auf 20 und die AfD auf 11 Prozent) sowie die erschreckend hohe Anzahl an Gewalttaten an Frauen. Wenn in Deutschland im Jahr 2017 allein 69.000 Körperverletzungen gegen Frauen angezeigt wurden, es zu 364 Tötungsdelikten an Frauen kam und dies dennoch gesellschaftlich kein großes Thema ist, haben wir dringenden – auch politischen – Handlungsbedarf.



Foto v.l.n.r.: Heide Harris, Sönke Rix, Nina Scheer, Irene Kastner

So bedarf es zum Beispiel deutlich mehr verfügbarer Frauenhaus-Plätze. In Deutschland existieren gerade einmal 350 Frauenhäuser; hinzu kommen etwa 800 Beratungsstellen. Hier ist allerdings durch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ein Anfang gemacht, sowohl durch erste weitergehende Förderungen in Höhe von 5 Mio. Euro als auch die Einrichtung eines runden Tisches.

Sönke Rix wies auf regionale Unterschiede im Selbstverständnis der

Gleichberechtigung von Frauen hin. So habe es in Schleswig-Holstein mit Gisela Böhrk die erste Frauenministerin und mit Heide Simonis sogar die bundesweit erste Ministerpräsidentin gegeben. Hierbei und auch historisch betrachtet seien die Sozialdemokraten für Frauenrechte immer die treibende Kraft gewesen – begonnen mit dem sich in diesem Jahr zum hundertsten Mal jährenden Frauenwahlrecht. Ein zentraler Hebel für die Gleichstellung der Frau sei bis heute der Zugang zum Beruf, der etwa durch fehlende frühkindliche Bildungseinrichtungen immer noch eher die Frauen als Männer benachteilige. Dies bleibe eine stetige Aufgabe, gerade wenn Gleichberechtigung heute zunehmend für selbstverständlich gehalten werde.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion wurden auch persönliche Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgetauscht. So wurden die Eindrücke einer politisch aktiven Teilnehmerin bestätigt, wonach in Diskussionen die Wortbeiträge von Frauen leicht untergingen, wenn sie dann aber gleichlautend von Männern vorgetragen würden, erhielten sie Zuspruch.

Gäste in Berlin (Auswahl)

Blaulichtkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion



Klimawandel: Herausforderungen für den Katastrophenschutz – unter diesem Motto hatte die SPD-Bundestagsfraktion am 8. Mai zu einer Blaulichtkonferenz mit Hilfsorganisationen, Feuerwehren, der Polizei und dem THW nach Berlin eingeladen.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dauerhaft für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe ein und pflegt deshalb schon seit Jahren mit ihren Blaulichtkonferenzen die Diskussion mit Fachleuten und den Hilfsorganisationen. Unter den rund 250 Gästen war auch der Ortsbeauftragte des THW Ahrensburg, Holger Zentawer.

Jugend und Parlament 2019



Paula Kratz aus Bad Oldesloe, zuvor Praktikantin in meinem Bundestagsbüro in Berlin und Teil der Doppelspitze der Jusos Stormarn nahm 2019 am Planspiel „Jugend und Parlament“ teil. Im Rahmen der Veranstaltung werden praxisnah die Funktionsweise der parlamentarischen Arbeit und unserer Demokratie geübt. Dabei stellten vom 1. bis 4. Juni 2019 etwa 300 Jugendliche aus ganz Deutschland parlamentarische Verfahren nach. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übernehmen für

vier Tage die Rolle der Abgeordneten aus verschiedenen fiktiven Fraktionen. Zur Debatte stehen drei Gesetzesentwürfe und ein Antrag. Die Jugendlichen im Alter von 17 bis 20 Jahren lernen dabei die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Bei der abschließenden Debatte im Plenarsaal werden Rednerinnen und Redner aus allen Spielfraktionen an das Pult des Plenarsaals treten und versuchen, Mehrheiten für ihre politischen Anliegen zu gewinnen.

Vgl. Pressemitteilung: <https://www.nina-scheer.de/scheer-nominierte-jugendliche-aus-bad-oldesloe-fuer-jugend-und-parlament/>

Unterwegs im Wahlkreis

Frühlingsgespräch mit Jean Asselborn

Das Frühjahr 2019 stand ganz im Zeichen der Europawahl, so auch das traditionelle Frühlingsgespräch des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Kreistagsfraktion. Gemeinsam mit der SPD Geesthacht wurde zu einem Diskussionsabend mit Jean Asselborn, Außenminister von Luxemburg, eingeladen. Der Einladung waren 150 Besucherinnen und Besucher gefolgt, unter ihnen auch Geesthachts Bürgervorsteher Samuel Bauer, Bürgermeister Olaf Schulze und die SPD-Landtagsabgeordnete Kathrin Wagner-Bockey. Eingerahmt wurde die Veranstaltung durch den Solo-Gitarristen Michael Jessen aus Mölln.



In seinem Grußwort unterstrich Jens Meyer, SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende, die Gefahren des Faschismus in Erinnerung an eine von ihm mitgebrachte Ausgabe der SPD-Parteizeitung Vorwärts aus dem Jahr 1932. Nach Helmut Schmidt und Andrea Nahles nun Jean Asselborn in der Buntenkampshalle zu begrüßen, war auch für die SPD-Ortsvereinsvorsitzende Petra Burmeister eine ganz besondere Ehre. Ein weiteres Grußwort richtete Enrico Kreft als schleswig-holsteinischer SPD-Europakandidat an die Besucherinnen und Besucher.

Jean Asselborn machte am Beispiel des Euro und von Krisenbewältigung deutlich, dass nur eine gemeinsame europäische Stimme international Beachtung finden könne. Europa habe vieles geschafft, sei gemeinsam durch die Finanzkrise und

auch die Krisen in Portugal, Griechenland und Spanien gekommen. In der jüngeren Entwicklung der Europäischen Union und auch auf der internationalen Ebene sei die Einheit für Multilateralismus ein Stück weit verloren gegangen. Die Idee Europas sei nie der bilaterale, sondern der gemeinsame Ansatz gewesen.



Foto: Kai Treffan

An US-Präsident Donald Trump sei zu erkennen, dass aus nationalem Stolz schnell Nationalismus werden könne. Einem Verbund rechter Parteien im Europaparlament sah Jean Asselborn gelassen entgegen, da man dann besser wisse, mit wem man es zu tun habe.

Auf Fragen aus dem Publikum ging Jean Asselborn gerne ein und stimmte darin überein, dass es die Macht von Konzernen zu beschränken gelte.



Foto: Kai Treffan

Vgl. Pressemitteilung der SPD Herzogtum Lauenburg: <https://www.spd-rz.de/kreisverband/824-fr%C3%BChlingsgespr%C3%A4ch-der-spd-mit-jean-asselborn.html>

Jubiläum des Lebenshilfewerks

Aus Anlass von ‚40 Jahre Lebenshilfewerk Kreis Herzogtum Lauenburg‘ fand am 2. Juni 2019 das Sommerfest des Lebenshilfewerks in den Geesthachter Wohnstätten statt, an dem ich auf Einladung der Geschäftsführerin der Lebenshilfe Herzogtum



Lauenburg, Ines Mahnke, und des Leiters der Geesthachter Wohnstätten, Carsten Grätsch, gern teilnahm.

Bei den Gesprächen wurden neben der Arbeit des Hilfenetzwerks im Kreis Herzogtum-Lauenburg auch aktuelle politische Themen angesprochen, unter anderem die letzte Änderung des Bundeswahlgesetzes vom März 2019.

Vgl. Pressemitteilung: <https://www.nina-scheer.de/scheer-gratuliert-lebenshilfewerk-kreis-herzogtum-lauenburg-zu-40-jahren/>

PraktikantInnen

Ari Schmalowsky



„Mein Name ist Ari Schmalowsky, ich bin 18 Jahre alt und komme aus Elmenhorst im Kreis Stormarn. Ich hatte die tolle Möglichkeit, Nina Scheer während eines vierwöchigen Praktikums zu begleiten und Einblicke in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten zu bekommen. Für mich war es eine einzigartige Erfahrung, da ich viele Sachen dazulernen konnte und ich auch viel Freiheit

hatte mit der Wahl von Ausschüssen und Plenarsitzungen, denen ich beisitzen konnte. Anfangs fiel es auch noch etwas schwer, sich in den vielen Institutionen des Bundestages zu orientieren, aber nach einer Woche hatte ich den Dreh raus und musste keine Angst mehr haben, dass ich zu spät komme, weil ich mich verlaufe. Auch die Teilnahme am PraktikantInnenprogramm der SPD hat mir viel Spaß gemacht, da man viele Bundestagsgebäude besucht hat, die man sonst nicht von innen zu Gesicht kriegt und wir auch tolle Diskussionen mit eingeladenen SPD-Bundestagsabgeordneten und anderen Gästen hatten. Wenn ich mal nicht unterwegs war, sondern im Büro, bestanden meine Aufgaben größtenteils aus Recherchen. Auch die Vorbereitung auf Besuchergruppen und sonstige Büroarbeit gehörten mit zu meinem Aufgabenfeld.“

Maike Wiegels



„Das Thema Klimawandel und die Gestaltung einer umweltfreundlicheren Zukunft, ist in den letzten Monaten viel diskutiert worden. Persönlich ist dieses Thema seit Jahren von großer Bedeutung für mich. Durch mein Studium International Studies setze ich mich vermehrt mit diesem Themenkomplex auseinander. Internationale Klimapolitik ist in diesem

Bereich von großer Bedeutung und hängt oft stark von nationaler Politik der einzelnen Länder ab. Daher kam für mich das Verlangen auf, diese Themen auch von einer nationalen Ebene aus zu betrachten.

Ursprünglich stamme ich aus Mölln im Wahlkreis von Dr. Nina Scheer und wollte gerne erfahren, wie die Interessen unserer Region auf nationaler Ebene durch sie vertreten werden. Aber vor allem da Nina Scheer sich für Themengebiete wie Energiewende und Erneuerbare Energien einsetzt, war ein Praktikum in ihrem Büro eine hervorragende Gelegenheit Einblicke zu erlangen, wie eine klimafreundliche Politik in Deutschland konkret gestaltet werden kann.

Durch die Arbeit im Ausschuss für Umwelt erlangte ich Einblicke, welche Themen und Gesetzesentwürfe gerade aktuell diskutiert werden. Nicht nur die Ausschussarbeit oder die Plenardebatten verfolgte ich mich viel Interesse, sondern auch die Büroarbeit, wie zum Beispiel Hintergrundrecherchen oder die Mitarbeit am Newsletter waren sehr informativ. Vor allem aber der ‚3. Austausch: Sozialdemokratischer Energiewende-Appell‘ war ein Highlight.

Während meiner Zeit als Praktikantin lernte ich nicht nur andere Praktikanten durch das PraktikantInnen-Programm der SPD-Bundestagsfraktion kennen, sondern auch das Team in Ninas Büro. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich für die inspirierende Zeit bedanken. Ich bin sehr dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, für einen Monat die Arbeit von Nina Scheer und ihren MitarbeiterInnen mitzuverfolgen.“

Landesparteitag

Neue Aufgaben: Mitglied des Landesparteirats



Auf dem ordentlichen Landesparteitag Ende März 2019 kandidierte ich nach zwei Amtszeiten nicht erneut für den Landesvorstand, um mich für den Landesverband als (zwischenzeitlich gewählte) SPD-Kreisvorsitzende Herzogtum Lauenburg auf den Landesparteirat konzentrieren zu können, dessen Mitglied ich nun bin.

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



Foto: Kai Treffan Fotografie



Dr. Nina Scheer, SPD



Foto: Bundesregierung / Volker Schneider



Foto: Kai Treffan Fotografie



Foto: Hinnerk Bruhn



Foto: Kai Treffan Fotografie



Foto: DBT/Stella von Saldern



Foto: Thomas Biller



Foto: Hillenkamp



Dr. Nina Scheer, SPD



Foto: Kai Treffan Fotografie